



Festnahmen und Verhaftungen

Bei Razzien der Gendarmerie am 21.02. in dem Dorf Camili im Kreis Idil der Provinz Sirnak wurden Hasan Hamarat, Ibrahim Ike, Ali Ecer und Ali Hazar festgenommen. Halis Kaygisiz (16), Verteiler der Tageszeitung Özgür Gündem in Antep, wurde im Bezirk Seghitkamil festgenommen. Erdogan Kaldi wurde in Istanbul unter der Beschuldigung der „Mitgliedschaft in der DHKP-C“ festgenommen. Ismail T. und Yüzgöl C., die unter der Beschuldigung der Mitgliedschaft in der KHK bei Straßenkontrollen zwischen Semdinli und Yüksekova festgenommen worden waren, wurden in Haft genommen. (Quelle: *Türkiye/Cumhuriyet*, 22.-23.02.2004)

Verfahren gegen Folterer

Am 20.02. wurde das Verfahren gegen die Polizisten Nevzat Ayar, Leiter der Sicherheitsabteilung der Polizeistation in Küçükçekmece, und Feridum Koc wegen der Anklage der Folterung von Kenan Ak und Serkan Aksoy, die am 05.06.2000 unter Diebstahlsverdacht festgenommen worden waren, am Strafgericht Bakirköy (Istanbul) fortgesetzt. Das Gericht entschied, die medizinischen Berichte von Kenan Ak und Serkan Aksoy dem Gerichtsmedizinischen Institut zur Überprüfung zuzuschicken. (Quelle: *TIHV* vom 24.02.2004)

Ali Asker frei

Das SSG Istanbul hat den Sänger Ali Asker, der am 22. Februar in Istanbul festgenommen worden war, am 23. Februar freigelassen. Sein Anwalt, Halis Yildirim, teilte mit, daß Ali Asker vor einem Militärgericht in einem Verfahren gegen Dev-Yol angeklagt war und freigesprochen wurde. Als französischer Staatsbürger soll er nun ausgewiesen werden. (Quelle: *Cumhuriyet* vom 24.02.2004)

Flüchtlinge ertrunken

Von den Flüchtlingen, die auf einem Schiff vor der Küste von Ayvalik (Balıkesir) sanken, wurden bislang sieben Personen gerettet und die Leichen von 11 Personen gefunden. Es sollen 35 Flüchtlinge auf dem Schiff gewesen sein. (Quelle: *Milliyet* vom 26.02.2004)

Verfahren wegen der Anschläge in Istanbul

Die Staatsanwaltschaft am SSG Istanbul hat im Zusammenhang mit den Anschlägen in Istanbul vom 15. und 20.11.2003 Anklage gegen 69 Personen erhoben, von denen 50 in Untersuchungshaft sind. Die Anklage bezifferte die Anzahl der Getöteten auf 57 und die Zahl der Verletzten auf 644. Der Befehl zu den Anschlägen soll vom Türkei-Organisationschef der Organisation El Kaida, Habip Aktas gegeben worden sein. Die vermeintlich führenden Mitglieder der Organisation Harun Ilhan, Adnan Ersöz, Fevzi Yitik, Osman Eken und Yusuf Polat sollen nach § 146 TSG zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt werden. Metin Ekinci und Süleyman Ugurlu sollen nach § 146/3 TSG verurteilt werden, während für

Baki Yigit und Seyit Ertul der § 168/1 TSG zur Anwendung kommen soll. 45 Angeklagte sollen nach § 168/2 TSG verurteilt werden, während es für 15 Angeklagte Strafen nach § 169 TSG geben soll. Die Verfahren gegen 9 Angeklagte, die nicht gefaßt werden konnten, wurden abgetrennt. Dazu gehören Habib Aktas, Azad Ekinci und Gürcan Baç. (Quelle: *Cumhuriyet* vom 26.02.2004)

Razzien in den Büros einer Zeitschrift und eines Vereins

In den Büros der Zeitschrift „Halkin Sesi“ (Volkes Stimme) und des Vereins Solidarität mit den Familien der Gefangenen (TAYAD) wurden am 20.02. Razzien durchgeführt. Nihat Özcan wurde im Büro von Halkin Sesi festgenommen. Am 21.02. wurden 24 Personen festgenommen, als sie Poster von TAYAD in Sisli (Istanbul) ankleben wollten. (Quelle: *Özgür Gündem und Türkiye* vom 24.02.2004)

Hungerstreikende verurteilt

Am 25. Februar sprach das SSG Istanbul das Urteil gegen 19 Personen, die bei einer Operation auf ein Haus in Küçükarmutlu, in dem ein Solidaritätshungerstreik stattfand, am 5. November 2001 festgenommen worden waren. Bei dem Polizeieinsatz waren seinerzeit Arzu Güler, Sultan Yildiz, Bülent Durga und Baris Kas ums Leben gekommen. Das SSG Istanbul verurteilte Zeki Dogan, Sinan Tökü, Güzin Tolga, Eylem Göktas, Ahmet Güzel, Gamze Turan, Vedat Çelik, Selma Kubat (alle in U-Haft), sowie Dursun Ali Pekin, Halil Aksu, Haydar Bozkurt, Hakki Simsek, Hüseyin Akpınar, Madimak Özen und Serap Boyoglu (nicht in U-Haft) zu je 12,5 Jahren Haft (§ 168 TSG). Gegen die nicht inhaftierten Angeklagten wurden Haftbefehle erlassen. Die Verfahren gegen Serhat Ertürk, Özkan Güzel, Halil Acar und Engin Karagöz, gegen die Haftbefehle in Abwesenheit existieren, wurden abgetrennt. (Quelle: *Cumhuriyet* vom 26.02.2004)

Verein erhält nach 3 Jahren die Erlaubnis den Namen „Dersim“ zu benutzen

Das Innenministerium hat nach einer Wartezeit von 3 ½ Jahren schließlich erlaubt, dass der Tunceli Kultur- und Solidaritätsverein unter dem gewünschten Namen „Dersim“ registriert werden darf. Das Innenministerium hatte den Namen Dersim zurückgewiesen, weil Dersim nicht offiziell für die Stadt Tunceli im Osten der Türkei verwendet wird. (Quelle: *Turkish Daily News*, 19.02.04)

Bedrohung eines Armeniers in Istanbul

Der Journalist Hrant Dink hat in der Zeitung AGOS (Anmerkung: armenische Zeitung) berichtet, dass das Gerücht umgehe, dass Sabiha Gökmen, die erste weibliche Pilotin der Türkei, armenischer Abstammung sei, und es deshalb zu Diskussionen gekommen sei. Daraufhin hat sich eine Gruppe, die mit den Ülkü Ocakları (Nationalisten) in Verbindung steht, vor dem Gebäude der Zeitschrift ein Treffen veranstaltet. Die bekannte Parole: „Entwe-

der du liebst (die Türkei) oder hau ab” wurde gerufen. Aufgrund des Menschenaufbaus kam der Verkehr zum Erliegen. In Anwesenheit von Polizei und Presse hat Levent Temiz, der Vorsitzende der Ülkü Ocakları von Istanbul die Zeitung und ihre Mitarbeiter bedroht. AGOS und Hrant Dink wurden als Zielscheibe gezeigt. Abdurrahman Dilipak, Sanar Yurdatapan, Hürriyet Sener (Menschenrechtsverein IHD), Rechtsanwalt Lütü Yılmaz (MazlumDer), Rechtsanwalt Hasan Mollaoglu (TGTV) und Zübeyir Perihan (MKM Mesopotamischer Kulturverein) haben zu einem Solidaritätsbesuch der Zeitung AGOS am 28. Februar aufgerufen. (Quelle: DTF vom 28.02.2004)

Tod im Gefängnis

Muharrem Karademir (30), der im Gefängnis vom Typ F in Kandira im Todesfasten war, ist am 28. Februar verstorben. Am 130. Tag seiner Aktion hatte er sich selber in Brand gesetzt, als er merkte, daß er zu einer medizinischen Intervention ins Krankenhaus gebracht werden sollte. Karademir befand sich seit 1992 in Haft als Mitglied der Devrimci Sol. Nach der Operation gegen die Gefängnisse im Dezember 2000 wurde er von Bayrampasa in das Gefängnis in Kandira verlegt. (Quelle: TIHV vom 01.03.2004)

Pressekonferenz in Izmir zu Kindern

Im IHD in Izmir wurde eine Pressekonferenz zu den Kindern abgehalten, die nach der Demonstration für Abdullah Öcalan festgenommen worden waren. Der Vorsitzende der Zweigstelle Mustafa Rollas sagte, daß es gegen das Gesetz sei, wenn Kindern Handschellen angelegt werden. Er beschwerte sich auch, daß Y. Yildirak nach der Anordnung der U-Haft am 16. Februar am 17. Februar erneut verhört werden sollte. Der Onkel Behcet Yildirak sagte, daß er seinen Neffen im Gefängnis besucht habe und dieser stark eingeschüchtert gewesen sei. Er habe an verschiedenen Stellen des Körpers Spuren von Schlägen gesehen. (Quelle: Özgür Gündem vom 28.02.2004)

Haftbedingungen Öcalans kritisiert

Das Antifolter-Komitee des Europarats hat die Haftbedingungen des Kurdenführers Abdullah Öcalan auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali kritisiert. Vor allem die Besuchsmöglichkeiten seien nicht ausreichend, hieß es am Mittwoch in einem in Straßburg veröffentlichten Bericht. Die Verwandten des Inhaftierten hätten ihn in einem Fall rund drei Monate nicht sehen können. Öcalan war 1999 zunächst zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde in lebenslange Haft umgewandelt. (Quelle: FR, 26.02.04)

Zeitung stellt das Erscheinen ein

Die Tageszeitung “Yeniden Özgür Gündem” hat mit dem 29. Februar ihr Erscheinen eingestellt. Die Zeitung war seit dem 2. September 2002 erschienen. Seitdem wurden gegen 315 Ausgaben insgesamt 541 Verfahren eröffnet und in 174 Verfahren wurden Strafen verhängt, zu denen auch Erscheinungsverbote über 293 Tage gehörten (davon 5 Tage vollstreckt). Der Chefredakteur Mehmet Colak erhielt Strafen von insgesamt 25 Monaten Haft und der Besitzer Ali Celik Kasimogullari wurde zu Geldstrafen in Höhe von insgesamt 478 Milliarden

TL verurteilt. Anstelle von Yeniden Özgür Gündem wird ab dem 1. März “Ülkede Özgür Gündem” erscheinen. (Quelle: Özgür Gündem vom 29.02.2004)

Freispruch für Bucak aufgehoben

Die 8. Kammer des Kassationsgerichtshofs hat den Freispruch für den Ex-Abordenten der DYP Sedat Edip Bucak aufgehoben. Die 2. Kammer des Landgerichts in Istanbul hatte ihn wegen seiner Verwicklung in den Susurluk Skandal am 26. Juni 2003 freigesprochen. (Quelle: Radikal vom 28.02.2004) (Bemerkung des IMK: Die deutsche Übersetzung des “Susurluk-Bericht” kann beim IMK e.V. bestellt werden)

Erlass zu Durchsuchungen

Die 10. Kammer des obersten Verwaltungsgerichts hat zwei Artikel des Erlasses zu Durchsuchungen als verfassungswidrig aufgehoben. Die Anwaltskammer in Izmir hatte das Verfahren gegen die Artikel 9 und 20 des Erlasses beanstandet, weil dort die “Einwilligung zu einer Durchsuchung” genannt wurde, die sonst nicht im Gesetz vorhanden ist. Das oberste Verwaltungsgericht argumentierte mit dem Schutz der Privatsphäre und Hausfriedensbruch. (Quelle: Radikal vom 28.02.2004)

Celik warnt vor Newrozfeiern

Der Minister für Erziehung, Huseyin Celik, wies in einem Rundschreiben am Freitag dringend darauf hin, Newrozfeiern nicht für Parteipropaganda während der Zeit vor den Wahlen am 28. März zu missbrauchen.

Er sagte, weder Fahnen, außer der türkischen, noch Poster mit separatistischer Propaganda seien erlaubt.

Die Feiern sollen von den örtlichen Verwaltungen ausgerichtet werden. Schüler der Grund- und Sekundärstufe sollten daran teilnehmen.

Wie es in dem Rundschreiben weiter heißt, würden Stiftungen, Vereine, Handel und andere nicht-staatliche Organisationen um Hilfe für die Päckchen gebeten, die den Grundschulern an Newroz übergeben werden sollen.

Außerdem werden die Schüler in einem “Newroz Wald” junge Bäume pflanzen.

Newroz wird im Mittleren Osten und Zentral Asien in den verschiedenen Regionen unterschiedlich als Frühlingsbeginn und oder Neujahr gefeiert. In der Vergangenheit hatte die Türkei die Feiern verboten, weil kurdische Gruppen diesen Tag gesetzwidrig als politisches Symbol benutzt hatten. Die Regierung versucht dagegen daraus ein nationales Fest ohne politische Bedeutung zu machen. In den vergangenen Jahren begingen Türken und Kurden diesen Tag mit Springen über Newrozfeuer und anderen Aktivitäten. (Quelle: TDN, 28.02.04)

Verfahren gegen Ärzte

Die Staatsanwaltschaft in Ankara hat Anklage gegen Fusun Sayek, Vorsitzender der Ärztekammer (TTB) und Metin Bakkalci (2. Vorsitzender) erhoben. Sie sollen sich in beleidigender Weise über den Gesundheitsminister Recep Akdag geäußert haben. (Quelle: Radikal vom 02.03.2004)

Folter in Istanbul

Mustafa Ilhan, der nach den Anschlügen in Istanbul vom 15. und 20.11.2003 am 9. Dezember festgenommen worden war, hat sich wegen Folter in der

Polizeihaft beschwert. Er sagte, daß er nach 4 Tagen aus der Polizeihaft entlassen worden sei. Am 1. Februar sei er erneut festgenommen worden. "Mit mir sprach ein untergesetzter, weishäutiger Mann. Er sagte mir, daß es zum Polizeipräsidium in Gayretepe gehe. Nach 40 Minuten Autofahrt mussten wir noch 5-10 Minuten gehen. In einem Zimmer wurden mir alle Kleider abgenommen und ich erhielt einen Pyjama. Danach wurde ich in einen grösseren Raum gebracht und gefragt, warum ich nichts gesagt hatte. Ich sollte das erzählen, was ich verschwiegen hatte. Dann begannen sie, mich mit dem Knüppel zu schlagen. In einem anderen Raum haben sie angesetzt, mich mit dem Polizeiknüppel zu vergewaltigen und dann wieder gefragt, ob ich reden würde. Ich hörte aus anderen Zimmern Folterschreie und eine Stimme, als würde jemand vergewaltigt. Sie haben gesagt, dass mir das Gleiche passiere, wenn ich nicht rede." Mustafa Ilhan gab ferner an, daß er am gleichen Abend gegen 21.30 Uhr in einem Waldstück ausgesetzt wurde.

(Quelle: Özgür Gündem vom 04.03.2004)

Mitarbeiter vor Gericht

Das Amtsgericht in Izmir führte die Verhandlung gegen Dr. Alp Ayan, von der TIHV Vertretung in Izmir, Ecevit Piroglu (vom IHD), Mert Zengin und Gonca Coban weiter. Sie waren wegen einer Presseerklärung vom 10. Februar 2001 zu den Gefängnissen vom Typ F angeklagt wurden. Das Gericht vertagte sich auf den 26. März und verlangte von der Staatsanwaltschaft die Angeklagte Gonca Coban zu finden, die bislang noch nicht vor dem Gericht ausgesagt habe. (Quelle: TIHV vom 04.03.2004)

Kurdischer Verein nicht erlaubt

Das Polizeipräsidium in Diyarbakir hat den Schriftsteller Edip Polat, der Vorsitzender des Kurdischen PEN werden sollte, mitgeteilt, daß ein Verein mit dem Wort "Kurdisch" nicht erlaubt werde, da es nach Artikel 5 des Vereinsgesetzes verboten sei, auf bestimmte Rassen hinzuweisen. (Quelle: Özgür Gündem, 05.03.04)

Verfahren gegen Sarp Kuray

Der Kassationsgerichtshof hat das Urteil gegen Sarp Kuray, der eine leitende Figur der 68er Generation war und die Organisation "16. Juni Bewegung" gegründet haben soll, aufgehoben. Er war vom SSG Istanbul nach § 168 TSG zu einer Strafe von 12,5 Jahren Haft verurteilt worden. Der Kassationsgerichtshof vertrat die Meinung, daß die Verurteilung nach § 146 TSG zu erfolgen habe, was eine lebenslängliche Haftstrafe zur Folge haben würde. (Quelle: Zaman, 05.03.2004)

Arzt strafversetzt

Dr. Ilker Mese, der am Staatskrankenhaus in Tekirdag arbeitet, hat gesagt, daß er strafversetzt wurde und Ermittlungen gegen ihn angestrengt wurden, weil er einen Gefangenen ordnungsgemäß untersuchen wollte. Am 26. Dezember 2003 sei ein Gefangener mit dem Wernicke-Korsakoff Syndrom zu ihm gebracht worden, den er untersuchen sollte. Die Gendarmen hätten aber sein Zimmer nicht verlassen. Er habe mit ihnen diskutiert und sie auf eine Verfügung vom 10. Dezember 2003 hingewiesen, den das Gesundheitsministerium erlassen habe. Schliesslich hätten sie das Zimmer verlassen. Vier

Tage nach dem Vorfall sei er auf ein Gesundheitsamt versetzt worden und später sei gegen ihn ermittelt worden, weil er die Gendarmen beleidigt und sich nicht an die Vorschriften gehalten haben soll. Dazu wurde auf einen gemeinsamen Erlaß der Minister des Inneren, der Justiz und der Gesundheit hingewiesen, der am 15. Januar an alle Dienststellen in Tekirdag verteilt wurde. In diesem Erlaß soll das Begleitpersonal von Gefangenen hinter einem Vorhang oder einer Wand im Raum stehen können, wenn der Arzt Gefangene untersucht. (Quelle: Radikal vom 05.03.2004)

Folter in Kocaeli

Mehmet Sirin Sünük hat sich an den IHD in Kocaeli gewandt und sich darüber beschwert, daß Polizisten ihn am 19. Februar entführten, als er auf dem Nachhauseweg war. Im Auto seien ihm die Augen verbunden worden und er habe Schläge erhalten. Die Augenbinde sei ihm in einem Lager mit Reifen abgenommen worden. Dort habe man ihn 12 Stunden festgehalten und er sei von drei Personen gefoltert worden. Sie hätten ihn in die Magengegend mit einem eingewickelten Polizeiknüppel geschlagen. Er sei auch auf die Beine geschlagen worden, aber die Schläge hätten keine Spuren hinterlassen." (Quelle: Özgür Gündem vom 05.03.2004)

Journalist verprügelt

Der NTV Reporter Hilmi Hacıoğlu wurde bei einer Presseerklärung der Gewerkschaftskonföderation DISK auf dem Taksim Platz von Polizisten verprügelt, als er sich um einen Demonstranten kümmern wollte, der am Straßenrand getreten wurde. Die Polizei nahm beide Personen mit auf die Wache, wo sie zwei Stunden festgehalten wurden. Dem Sender wurde mitgeteilt, daß er bei der Polizei "zu Gast" sei. (Quelle: Cumhuriyet vom 05.03.2004)

Neues Gesetz

Die Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM) hat am 3. März ein Gesetz verabschiedet, mit dem Personen, die nach dem 12. September 1980 verurteilt wurden, ihre bürgerlichen Rechte wieder erhalten sollen. Das Gesetz bezieht sich auf "Vergehen", die vor dem 31. Dezember 1987 begangen wurden. Bislang konnten die als 78er bekannten Personen weder ein Amt in einem Verein oder einer Partei bekleiden noch bei Wahlen kandidieren. (Quelle: Radikal vom 05.03.2004)

Türkisches Religionsamt verurteilt 'Ehrenmorde'

Istanbul. SDA/AFP/BaZ. Das türkische Religionsamt hat die so genannten 'Ehrenmorde' an Frauen als Verbrechen 'im Angesicht Gottes' verurteilt. Die nach wie vor verbreitete Ermordung von Frauen zur Wahrung der Familienehre entspreche keineswegs dem Islam. Dies erklärte Religionsamts-Chef Ali Bardakoglu in einer Botschaft zum Internationalen Frauentag am Montag. Insbesondere in der von starken Traditionen geprägten türkischen Provinz werden Frauen immer wieder von der eigenen Familie verstossen und getötet. Begründet werden die Taten mit angeblichen oder tatsächlichen ausserehelichen Beziehungen – welche die Familienehre beschmutzt haben sollen. Bardakoglu betonte, die Gewalt gegen Frauen sei nicht mit dem Islam zu vereinbaren.

Gewalt weit verbreitet

Auch dürften sich die Familien nicht das Recht anmassen, über Frauen zu richten. 'Sitten sind keine Gesetze', erklärte der Chef des Religionsamtes.

Nach Angaben von türkischen Frauenverbänden werden in der Türkei 73 Prozent der Frauen mit Universitätsabschluss in den ersten drei Jahren ihrer Ehe Opfer von Gewalt; bei Frauen aus unteren Bevölkerungsschichten liegt der Anteil bei 90 Prozent. Fast jeder zweite türkische Mann glaube, er habe das Recht, seine Frau bei 'Ungehorsamkeit' zu schlagen. Fast ein Viertel der türkischen Männer vergewaltigen ihre Frauen. *(Quelle: Basler Zeitung, 08.03.04)*

(Bemerkung des IMK: Das Buch über Ehrenmorde in der kurdischen Gesellschaft kann beim IMK bestellt werden.)

Der Heeresstabchef lässt verschiedene gesellschaftliche Gruppen ausspionieren

Der Generalstabchef der türkischen Streitkräfte bestätigte, dass der Heeresstab mit einem Geheimbefehl ein Dossier über Personen und Gruppen, die Anhänger der Europäischen Union und der USA sind, über Kunstschaffende, die Kreise der high society, Minderheiten wie Tscherkesen, Bosniaken und Roma, Gruppen der Internet- und Philosophie, Mitglieder von verschiedenen Logen angelegt hat. Der Generalstab begründete das angelegte Geheimdossier folgendermassen: „Dieses Geheimdossier ist angelegt worden, um gegen mögliche gesellschaftliche Ereignisse in Zukunft vorbereitet zu sein“. *(Quelle: Milliyet, 11.03.04)*

TKEP Verfahren

Das SSG Istanbul sprach nach 11 Jahren ein weiteres Urteil in einem Verfahren gegen die TKEP (Kommunistische Arbeiterpartei der Türkei). Der einzige inhaftierte Angeklagte Mehmet Ali Ayhan, der am Wernicke-Korsakoff Syndrom leidet, wurde nach § 146 TSG zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Der vermeintliche Gründer der Organisation, Teslim Töre, erhielt eine Strafe von 18 Jahren und 9 Monaten Haft nach § 168/1 TSG. Teslim Töre war am 5. Mai 1993 festgenommen worden und hatte 7,5 Jahren in Haft gesessen. Wenn der Kassationsgerichtshof das Urteil bestätigen sollte, wird er weitere 5 Jahre im Gefängnis verbringen müssen. Die Angeklagten Yusuf Ergin Adakli und Hüseyin Bakir wurden ebenfalls zu einer Haftstrafe von 18 Jahren, 9 Monaten verurteilt. Kemal Bilgeç erhielt eine Strafe von 12,5 Jahren Haft, während Recep Üzmez freigesprochen wurde. Die Verfahren gegen Murat Toprak, Kenan Kalyoncu, Fadime Irier, Cemile Arda, Muazzez Yücel, Mukaddes Alatas, Hüseyin Karakas, Emine Hacer Karakas, Mustafa Çubuk, Songül Çoskun, Ahmet F. Yildirim und Fethi Ihsan Yildirim wurden wegen Verjährung aufgehoben und die Akte gegen Ese Ayten Yılmaz, gegen die ein Haftbefehl in Abwesenheit existiert, wurde abgetrennt. *(Quelle: Radikal vom 26.02.2004)*

Powell beklagt sich über türkische Justiz

US-Außenminister schreibt an Kollegen in Ankara / Menschenrechts-Report kritisiert 'Klima der Straflosigkeit'

Widerstände und Versäumnisse der türkischen Justiz belasten zunehmend den Reform-Kurs der Re-

gierung in Ankara. Ein Einzelfall beschäftigt jetzt sogar die US-Regierung. Außenminister Colin Powell beklagte sich in einem Brief an seinen türkischen Amtskollegen Abdullah Gül, dass 13 Jahre nach dem Tod eines zu Tode gefolterten Studenten der Hacettepe-Universität in Ankara zehn angeklagte Polizisten noch immer nicht rechtskräftig verurteilt wurden.

Der Powell-Brief sorgt dafür, dass der jüngste Menschenrechts-Report der US-Regierung, der den Fall aufgreift, in der Türkei nun breite Veröffentlichung findet. Der Bericht bescheinigt der Türkei zwar eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, betont aber, 'Folter, Schläge und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte bleiben weit verbreitet'. Die Länge von Prozessen und die seltenen Verurteilungen der Folterer sorgten für ein 'Klima der Straflosigkeit'. Einer der im Fall des Studenten angeklagten Polizisten war, wie türkische Medien berichten, für das Gericht angeblich lange unauffindbar, obwohl er bei der Parlamentswahl 2002 für die rechtsgerichteten Partei MHP kandidierte. Nach dem Powell-Brief fiel es Journalisten nicht schwer, den pensionierten Kommissar aufzuspüren. Die Zeitung Hürriyet spottete über die 'Komödie', die Polizei und Justiz spielten. Am 5. März soll der Fall erneut vor einem Gericht in Ankara verhandelt werden, nun im Beisein des angeklagten Ex-Kommissars.

Auch der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat sich in einem am Samstag in der Turkish Daily News veröffentlichten Urteil über mangelnde Kooperation der türkischen Justiz beklagt. Ein 62-jähriger Kurde aus Diyarbakir, dessen zwei Söhne 1994 von Sicherheitskräften verschleppt wurden und nie wieder auftauchten, hatte sich an das Gericht gewandt. 1994 hatten Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der Kurdenguerilla PKK ihren Höhepunkt erreicht. Das Dorf des Kurden wurde von Sicherheitskräften zerstört, hielt das Gericht fest. Die Untersuchung der Ereignisse, auf Bitten der Straßburger Richter, fielen aber äußerst lückenhaft aus. 'Es wurde nicht versucht, die Sicherheitskräfte zu befragen oder Augenzeugen zu suchen', schreibt das Gericht, das Ankara verurteilte, an den Mann eine Entschädigung von knapp 60 000 Euro zu zahlen.

Der US-Bericht kritisiert zudem fortbestehende Probleme christlicher Minderheiten in der Türkei. Dabei erwähnt er das seit 1971 geschlossene griechisch-orthodoxe Priesterseminar auf einer Insel im Marmarameer. Auch die EU drängt Ankara dazu, es wieder zu eröffnen. Jüngst entschloss sich die Regierung zumindest zu einem anderen Schritt in der Minderheitenpolitik. Sie reformierte eine seit 1962 bestehende, im Geheimen wirkende 'Minderheitenkommission'. Die Kommission soll nun, wie es in Ankara heißt, den Minderheiten helfen, ihre Probleme zu lösen. Vertreter der Armee und des Geheimdienstes wurden aus ihr entfernt. *(Quelle: SZ, 01.03.04)*

Folter in Mardin

Hamit Celik, der am 3. März im Rahmen von Hausdurchsuchungen in Mardin und Kiziltepe festgenommen wurde, hat sich wegen Folter beschwert. Bei den Operationen wurden weitere Personen festgenommen. Ahmet Özcelik und Ali Fidan kamen noch am selben Tag frei, während Mursit Aslan, Ali Fidan und Hamit Celik am 4. März wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation in U-Haft

kamen. Hüseyin Cangir, der Anwalt von Hamit Çelik, sagte, daß sein Mandant an einen ihm unbekanntem Ort gebracht wurde. Dort wurde ihm eine Waffe gegen die Schläfe gehalten und er wurde mit Erschiessung bedroht. An den Armen und auf dem Rücken habe er Spuren von Schlägen. Er (der Anwalt) habe eine Überweisung ins Krankenhaus der Universität in Diyarbakir beantragt. *(Quelle: Özgür Gündem/Zaman vom 06.07.03.2004)*

Folter in Istanbul

Derya Aksakal von der Union der Rentnerinnen (EKB) sprach auf einer Pressekonferenz beim IHD in Istanbul am 5. März. Sie berichtete, daß sie von maskierten Männern am 3. März entführt und gefoltert worden sei. Die Männer hätten sie mit einem grauen Minibus vor dem Numune Krankenhaus in Haydarpasa entführt, ihr die Arme und Hände verbunden, sie auf den Boden gelegt und sexuell belästigt. Da sie die Fragen nicht beantwortete, hätten sie Zigaretten auf ihrem Arm und ihrer Hüfte ausgedrückt. Sie sei auch mit dem Tode bedroht worden und nach ca. 2 Stunden auf einem freien Feld in Ümraniye freigelassen worden. *(Quelle: Özgür Gündem vom 06.03.2004)*

Ermittlungen wegen "Verschwinden"s eingestellt

Die Staatsanwaltschaft am SSG Diyarbakir hat die Ermittlungen wegen des Verschwindens der HADEP Funktionäre Serdar Tanis und Ebubekir Deniz eingestellt. Sie waren nach einem Besuch bei der Gendarmerie in Silopi am 25. Januar 2001 "verschwunden". Danach war gegen 47 Soldaten auf den Wachen in Silopi und Sirnak ermittelt worden. Die Staatsanwaltschaft in Silopi hatte die Akte am 22.04.2003 an die Staatsanwaltschaft am SSG Diyarbakir geschickt. Inzwischen haben die Anwälte der Familien Einspruch gegen die Einstellung des Verfahrens eingelegt, nachdem sie von der Entscheidung vom 10. Februar unterrichtet worden waren. Sie rügten u.a., daß die Telefonate, die Serdar Tanis vor seinem "Verschwinden" geführt hatte, nicht untersucht wurden. Desweiteren beschwerten sie sich darüber, daß im Rahmen der Geheimhaltung die Aussagen von Geheimdienstmitarbeitern nicht in die Akte aufgenommen wurden. *(Quelle: Özgür Gündem vom 07.03.2004)*

Prügel in Istanbul

Ibrahim Öner, der im Kreis Babaeski (Kırklareli) lebt, hat sich über brutale Schläge durch Polizisten beschwert. Er sei festgenommen worden, weil er bei einer Veranstaltung am 14. Februar aus Versehen in die Frauentoilette gegangen sei. Danach sei er vom Kommissar Ekrem Cicek, Ayhan Keskinilic und einem Beamten mit dem Vornamen Fikret aus der Stadt gebracht worden und dort brutal verprügelt worden. Sie liessen ihn später in einer Gegend, die als Kadıköy Strecke bekannt sei, wieder frei. Ibrahim Öner stellte Strafanzeige und erhielt vom Staatskrankenhaus in Lüleburgaz ein Attest, in dem ein Nasenbeinbruch und "blaue Flecken" am Körper bescheinigt wurde. Der Kommissar Ekrem Çiçek und die Polizisten Ayhan Keskinilic und Fikret ... wurden in U-Haft genommen. Nach Widerspruch seiner Anwälte kam Ayhan Keskinilic wieder auf freien Fuß. Den Beamten soll vor dem Landgericht in Kırklareli der Prozeß gemacht werden. *(Quelle: Evrensel/THV vom 09.03.2004)*

Erlaubnis für "Kurdisch-PEN"

Die Abteilung für Vereine im Polizeipräsidium Diyarbakir hat die Gründung des Vereins kurdischer Schriftsteller mit dem Namen "Kurdisch-PEN" genehmigt. In dem Schreiben, das dem Vorsitzenden Edip Polat zugestellt wurde, wurde auf eine Unstimmigkeit mit dem Innenministerium über den anzuwendenden Artikel des Vereinsgesetzes aufmerksam gemacht. Zunächst sei nach Artikel 5 verfahren worden, aber in diesem Falle sei der Artikel 10 für die Genehmigung der Satzung und des Namens ausschlaggebend gewesen.

(Quelle: Cumhuriyet/Özgür Gündem vom 09.03.2004)

Überfall auf Freimaurerloge

Bei einem Überfall auf die Freimaurerloge in Kartal (Istanbul) wurden am 9. März der Mitarbeiter Hüseyin Kurdül und einer der Angreifer getötet und 6 Personen verletzt. Die Angreifer kamen gegen 22.30 Uhr und verschafften sich Zutritt, indem sie den Wärter Mehmet Lamba verletzte. Danach beschossen sie die Gäste im Restaurant. Einer der Angreifer zündete eine Bombe, die ihn selber und den als Bedienung arbeitenden Hüseyin Kurgül tötete. Fünf Gäste und der zweite Angreifer, der sich Abdullah Islam nannte, wurden verletzt. *(Quelle: Milliyet vom 10.03.2004)*

Mord in der Provinz Tunceli

In der Nacht vom 8. März wurde im Dorf Alanyazi im Kreis Mazgirt (Tunceli) Imam Boztas (51) von zwei unbekanntem Männern ermordet. Der Gouverneur bezeichnete die Angreifer als Militante der Maoistischen Kommunistischen Partei (MKP als Nachfolger von TKP/ML). Die Mutter Fidan Boztas berichtete, daß 2 bewaffnete Männer mit Tüchern um den Kopf nach ihrem Sohn fragten und behaupteten, daß sie mit ihm befreundet seien. Sie habe die Anwesenheit geleugnet, aber der Sohn sei dann aus einem Zimmer gekommen. Die Männer wollten ihn mitnehmen, er aber weigerte sich, weil er sie nicht kannte. Als er sich in das Zimmer zurückziehen wollte, hätten die Männer geschossen und ihn fünf Mal in die Brust und ein Mal am Arm getroffen. Sie habe bei der Gendarmeriestation in Bulgurcu angerufen, aber die Soldaten seien erst nach 3 Stunden gekommen, obwohl die Strecke nur 2 Stunden dauere. Der Vater Hidir Boztas berichtet, daß sie im Oktober 2003 von Soldaten bedroht worden seien, weil angeblich Terroristen das Dorf suchten. Sein Sohn sei dann zur Gendarmeriewache gegangen. Nach der Rückkehr habe er Angst gehabt, daß man ihn töten werde. Deswegen sei er eine Zeit lang in Istanbul gewesen. Auf der Wache hätte man ihm gesagt, daß er nur noch eine Kugel wert sei. *(Quelle: Cumhuriyet, 10.03.2004)*

Verfahren gegen den Vorstand

Am 9. März ging das Verfahren mit Antrag auf Amtsenthebung des Vorstandes der TIHV vor der 15. Kammer des Justizgerichts in Ankara weiter. Da der Anwalt des Antragstellers (Direktorat für Stiftungen) nicht erschienen war, beschloß der Richter das Verfahren auszusetzen. Sollte der Antrag nicht binnen eines Monats erneuert werden, wird das Verfahren aufgehoben. Das Verfahren war angestrengt worden, weil die TIHV ohne Genehmigung mit ausländischen Stellen kooperiert (Berichte an einen UN Rapporteur, einen Vertreter des

Europarates und dem Türkeiberichterstatter des EP, Hannes Swoboda übergeben) haben und unerlaubt Spenden gesammelt haben soll (für die Behandlung der erkrankten Hungerstreiker). (Quelle: TIHV vom 10.03.2004)

AI fordert die Aufklärung der Todesursache

Amnesty International hat die syrische Regierung aufgefordert über die Todesursache des Gefangenen Kurden Khalil Mustafa Informationen zu geben.

Der 34-jährige Kurde wurde am 06.08.2003 vom syrischen Geheimdienst festgenommen.

Am 14.08.03 starb der Gefangene unter extremen Umständen. Nach dem seine Leiche den Familienangehörigen übergeben wurde, stellte man folgendes fest:

- Seine beiden Füße waren gebrochen;
- Die Augen ausgestochen;
- Die Genitalien abgeschnitten.

Nachdem die Öffentlichkeit dies erfahren hatte, wurde der Bruder des Getöteten, Hassan Mustafa, 32 Jahre alt, sowie sein Cousin Mohamed Schamesadin Mustafa verhaftet. Nach schweren Misshandlungen und Folter wurden die beiden später aus dem berüchtigten Gefängnis Al-Saydanaya freigelassen.

Die gesamte Familie des Getöteten Kurden Khalil Mustafa befürchtet um ihr Leben. (Quelle: London, Ostnachrichten, 18.02.04)

Deutsche Nuklearhilfe für Syrien?

SIEMENS Beteiligung / Uran Abfälle aus Hanau
Ein vergangene Woche eingeleitetes Ermittlungsverfahren schwedischer Behörden sowie Recherchen der CIA erregen einen schweren Verdacht: Syriens Diktator Baschar al-Assad betreibt womöglich ein geheimes Nuklearprogramm - mit schwedischer und deutscher Hilfe. Die Firma Meab mit Sitz bei Göteborg und einer Niederlassung in Aachen soll ohne Genehmigung eine 4 Millionen Euro teure Reinigungsanlage für Phosphorsäure nach Syrien geliefert haben. Meab-Inhaber Hans Reinhardt, 68, ein führender schwedischer Nuklearchemiker, behauptet, seine Anlage werde zwecks chemischer Abscheidung von Mineralien „für die Herstellung von Düngemitteln gebraucht“. Abnehmer und Betreiber ist allerdings die Atomic Energy Commission of Syria (AECS), die in ihrem Atomforschungszentrum in Homs bereits im Januar den ersten Probelauf der Anlage gestartet hat. Mit einer baugleichen Anlage war in der inzwischen stillgelegten Atomfabrik Ranstad Mineral im schwedischen Skövde Uran gewonnen worden. Auch dieses Gelände wurde durchsucht, weil sich dort von 1999 bis 2002 syrische Techniker, darunter der heutige AECS Chef Ibrahim Osman, schulen ließen. ihr Übungsmaterial waren kontaminierte Reststoffe aus der Atomfabrik Hanau, 40 Tonnen uranhaltige Abfälle, die Siemens mit Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz nach Skövde exportiert hatte. (Quelle: DER SPIEGEL 10 / 2004)

Syrer sind an den Attentaten im Irak beteiligt

Nachrichtenquellen zufolge waren gefangene „Möchte gern“-Selbstmordattentäter Syrer. Bei den Untersuchungen des doppelten Selbstmord- und Raketenangriffs, der 170 unschuldige Iraker in Karbala und Bagdad während der religiösen Ze-

remonien für das Ashourafest tötete, wurde bekannt, dass es sich bei drei lebendgefangenen Attentätern um syrische Staatsangehörige handelte, deren Zündung an den Sprenggürteln in der Nähe des Kazimiya Tempels in Bagdad versagt hatte.

Damit sind erstmalig Syrer direkt an Selbstmordattentaten im Irak beteiligt. Die letzten im Irak gefassten Syrer waren an der Zerstörung des Bagdader Hauptquartiers vom Roten Kreuz und der Angriffe gegen irakische Polizeistationen beteiligt.

RPS veröffentlichte vor drei Monaten erstmalig einen Bericht von Nizar Nayouf, in dem er beschrieb, wie Generalmajor al-Shalish, von der syrischen Abwehr, junge desillusionierte Syrer für aktiven Terrorismus im Irak rekrutierte. Al-Shalish, ein Cousin des Präsidenten Assad, hatte man, nachdem sein Name auf der Titelseite der Los Angeles Times in Verbindung mit Waffenverkäufen an Saddam Hussein 2 Wochen vor Kriegsbeginn, erschienen war, nicht mehr an dessen Seite gesehen.

(Quelle: RPS News, Washington, 02.03.04)

REFORM-DEMO In Syrien aufgelöst

In der syrischen Hauptstadt Damaskus haben Sicherheitskräfte gestern eine Demonstration für politische Reformen gewaltsam aufgelöst. Gestern wurde in Syrien der 41. Jahrestag des Putschs gefeiert, mit dem die regierende Baath-Partei an die Macht kam. In dem Land gilt seither offiziell der Ausnahmezustand. (Quelle: (ap) (taz, 9.3.04)

Massaker gegen kurdische Bevölkerung in Syrien – Mehr als 70 Tote und Hunderte von Schwerverletzten in den kurdischen Regionen

Kurz vor dem Beginn eines Fussballspiels am 12. März in der kurdischen Großstadt Qamishlo in der nordöstlichen syrischen Provinz Heseke haben eine bewaffnete arabische Meute und die syrischen Sicherheitskräfte auf die Besucher in dem Stadion geschossen. Dabei starben 8 Kurden und 4 Araber.

Nach eigenen Informationsquellen aus Syrien wurden aus Anlass eines am 12. März in der kurdischen Stadt Qamishlo ausgetragenen Fußballspiels zwischen der kurdischen Mannschaft Al-Cihad aus Qamishlo und der arabischen Al-Fatwa aus der Stadt Deir el Zor bewaffnete arabische Baathisten mit Bussen nach Qamishlo gebracht.

Diese bewaffneten Araber, die offensichtlich mit Billigung des Provinzgouverneurs, des syrischen Geheimdienstes und des örtlichen Landrats skandierten vor dem Fussballspiel die Bevölkerung auf den Strassen von Qamishlo mit pro Saddam und anti-kurdischen Parolen, um die Bevölkerung zu provozieren. Diese organisierte Meute führte ihre Provokation auch in dem Fußballstadion vor dem Beginn des Spiels weiter. Die Kurden reagierten mit anti-Saddam und prokurdischen Parolen. Daraufhin griff die organisierte arabische Meute mit Eisenketten und Waffen die Kurden an. Die Sicherheitskräfte in dem Stadion haben statt zur Befriedung bzw. Beruhigung der Massen zu sorgen die bewaffneten arabischen Baathisten unterstützt und auf die kurdischen Besucher geschossen. Dabei entstand eine Panik unter den Besuchern im Stadion und starben 8 Kurden und 4 Araber. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Bevölkerungsteilen geht auch außerhalb des Stadions weiter. Am Abend steigt die Zahl der Toten auf 19. Hunderte

von Schwerverletzten werden in die umliegende Krankenhäuser gebracht. Die syrische Polizei inhaftiert zahlreiche Kurden.

Trotzdem der am Abend ausgerufenen Ausgangssperre gehen Abertausende von Kurden auf die Strasse und verbrennen syrische Fahnen und zerstören die Büsten vom verstorbenen ehemaligen syrischen Präsidenten Assad. Die Sicherheitszentrale der Polizei, das Gebäude des syrischen Geheimdienstes sowie der Sitz des Landrates werden in Brand gesteckt. Die Ereignisse dehnen sich am 13. März auf die kurdischen Städte Amude und Derik aus. Auch in diesen Städten gehen Abertausende Kurden auf die Strassen, um das Vorgehen der syrischen Sicherheitskräfte zu protestieren und ihre Toten in Qamishlo zu beklagen. Während der Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften sterben wiederum mehrere Personen und Hunderte werden verletzt. Auch in diesen Städten werden die staatlichen Dienststellen, wie Polizeizentralen und andere Einrichtungen in Brand gesteckt. Die Bevölkerung verlangt die Bestrafung des Gouverneurs, des Geheimdienstchefs der Provinz sowie seiner Helfershelfer.

In der Stadt Qamishlo beziehen Panzer Stellungen bis die für Spezialeinsätze ausgebildete berichtigte 14. Brigade der syrischen Streitkräfte in die kurdischen Städte einrückt.

Die staatlichen Medien in Syrien erhängen eine Nachrichtensperre. Es werden keinerlei Nachrichten über die Ereignisse und deren Folgen von diesen Medien verbreitet.

Am 14. März greifen in der Provinzhauptstadt Heseke bewaffnete arabische Baathisten die Kurden an und stecken ihre Geschäfte und andere Einrichtungen in Brand. Auch dort beklagt die kurdische Bevölkerung zahlreiche Tote und Verletzte. Die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser in Heseke ist am Abend erschöpft.

Eine von kurdischen Parteien gebildete Kommission ruft die Bevölkerung auf die Proteste und Kundgebungen zu beenden. Sie ruft gleichzeitig eine dreitägige Trauer in den kurdischen Regionen aus. Sie trifft sich mit den Vertretern der armenischen und assyrischen Bevölkerung in Qamishlo, um gemeinsam die Lage zu erörtern. Auch mit den arabischen Stammesführern werden Gespräche geführt, um deutlich zu machen, dass diese Auseinandersetzungen kein kurdisch-arabischer Natur sind, sondern das Ergebnis einer Politik des Baath-Regimes gegenüber der kurdischen Bevölkerung in Syrien ist.

Trotz der Aufrufe an die kurdische Bevölkerung springen die Proteste und Auseinandersetzungen am 14. März auf die kurdischen Regionen Koban und Afrin über. Auch in diesen beiden Regionen gehen Abertausende von Menschen auf die Strasse und protestieren gegen die syrische Politik und beklagen ihre Toten und Verletzte sowie die Zerstörungen in der Provinz Heseke.

Auch in diesen Regionen greifen die syrischen Polizeikräfte sowie bewaffnete Baathisten die protestierende Menschenmenge an. Wiederrum zahlreiche Tote und Verletzte auf kurdischer Seite.

Nach den letzten Informationen ist die Zahl der Toten über 70. Allerdings ist wegen der unüberschaubaren Lage wird diese als Mindestzahl eingeschätzt. Alleine in der Stadt Qamishlo liegen mehr als 300 Verletzte in den Krankenhäusern. Mehr als 500 Menschen in Qamishlo, Amude und Derik, darunter auch politische Persönlichkeiten

sind von den Sicherheitskräften inhaftiert worden. In den Regionen Koban und Afrin gibt es keine gesicherten Informationen über Tote und Verletzte.

Die letzten Informationen besagen, dass das Baath-Regime die arabischen Stämme in der Provinz Heseke gegen die Kurden bewaffnet.

Angesicht der Ereignisse rufen die kurdischen Parteien in Syrien die Regierung in Damaskus auf

- die Baathisten und arabischen Stämme zu entwaffnen und die berichtigten Spezialeinheiten aus der Provinz Heseke abziehen;
- der Gouverneur der Provinz, den Geheimdienstchef sowie der Landrat und andere Verantwortliche des Staates, die das Massaker geplant und für Unruhen gesorgt haben, zu suspendieren und zu bestrafen;
- Die Familien der Getöteten und Kurden, deren Hab und Gut zerstört wurde zu entschädigen;

Auf Grund der gesicherten Informationen aus Syrien befürchten wir ein Massaker größeren Ausmaßes unter der kurdischen Bevölkerung und eine Zwangsaussiedlung der Kurden aus ihrem Siedlungsgebiet.

Daher appellieren wir an:

- den UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Kommission nach Syrien zu entsenden, die die Ereignisse und deren Folgen untersucht;
- die US-Administration und die Europäische Union Sanktionen gegen das Baath-Regime in Damaskus einzuleiten, das ein Blutbad unter den eigenen Bürgern richtet, seine Minderheiten gewaltsam unterdrückt und den internationalen Terrorismus unterstützt;
- die Bundesregierung, bei der syrischen Regierung zu intervenieren, damit die Inhaftierten Kurdinnen und Kurden freigelassen und diejenigen die ihr Hab und Gut verloren haben, entschädigt werden;
- die Europäische Union auf die syrische Regierung einzuwirken, um die ca. 200.000 ausgebürgerten Kurden wieder einzubürgern und ihr konfisziertes Hab und Gut zurückzugeben.

(PE vom IMK e.V., 16.03.04)

ARD untersucht politische Stimmung im Irak - größte repräsentative Umfrage seit Sturz Saddams mit Partnern ABC, BBC und NHK

Knapp ein Jahr nach Beginn des Irakkriegs läuft im Irak derzeit die größte repräsentative Umfrage zur politischen Zukunft des Landes seit dem Sturz von Saddam Hussein. Im gemeinsamen Auftrag von ARD, dem amerikanischen Sender ABC, der britischen BBC und dem japanischen NHK hat das angesehene "Oxford Research Institute" (ORI) über 3000 Befragungen in allen Landesteilen durchgeführt, die jetzt ausgewertet werden. Die Umfrage wird ein umfassendes Bild über die Zukunftserwartungen und Sorgen der Bevölkerung geben. Gefragt wurde u.a. nach der Bedeutung der Religion

Im zukünftigen politischen System, nach dem Vertrauen in die neuen Institutionen von Polizei und Verwaltung, nach dem Verhältnis zu den Besatzungstruppen und zur UNO sowie nach der Hal-

tung gegenüber dem alten Regime und den gewaltsamen Anschlägen im Lande. Die unter schwierigen äußeren Bedingungen, aber nach streng wissenschaftlichen Standards durchgeführte Umfrage soll in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Kriegsbeginns (20.3.) veröffentlicht werden. Die ARD wird die Zahlen in den Sendungen von Tagesschau und Tagesthemen, im Hörfunk und unter www.tagesschau.de vorstellen. Über den genauen Zeitpunkt der Veröffentlichung wird der Westdeutsche Rundfunk Köln, der die Umfrage federführend für die ARD betreut, rechtzeitig informieren. (Quelle: Redaktion: Arnd Henze)

Irak hat eine Interimsverfassung

Im dritten Anlauf hat der irakische Regierungsrat am Montag die Übergangsverfassung für das Land unterzeichnet. Die Vertreter der Schiiten hatten zuvor ihre Bedenken gegen einzelne Klauseln des Dokuments zurückgestellt und wichtige Konflikte um die Machtverteilung zwischen den Bevölkerungsgruppen wurden einstweilen ausgeklammert.

Daraufhin setzten die 25 Mitglieder des von den USA eingesetzten Rates in einer eilig organisierten Zeremonie ihre Unterschriften unter das Dokument zuerst und mit wehender Papierfahne der amtierende Ratspräsident Mohammed Bahr Al-Ulloum. Die Übergangsverfassung garantiert den Irakern Bürgerrechte, die es unter dem alten Regime nicht gab, etwa zur Bildung von Parteien und Genossenschaften. Auch schreibt sie eine Frauenquote von 25 Prozent für das Parlament vor. Sie betont die Bedeutung des Islam für den Staat, garantiert jedoch Glaubensfreiheit für die religiösen Minderheiten. (Quelle: FR, 09.03.04)

Die iranischen Kurden feiern die irakische Verfassung

Zusammenstöße in mehreren Städten

Nach Demonstrationen und Tumulten in mehreren größeren Städten im Westen Irans sind laut kurdischen Quellen Mitte dieser Woche über 100 Personen festgenommen worden. Betroffen von den Unruhen sind laut diesen Quellen die Städte Mahabad, Piranshar, Bukan, Sardasht und Sanandaj, in denen am Dienstag Tausende einheimische Kurden auf die Strassen strömten, um die Unterzeichnung der neuen irakischen Übergangsverfassung zu feiern. Für die Kurden, die im Irak und in Iran, in Syrien und in der Türkei leben, verkörpert diese Verfassung die Verwirklichung einer nationalen Aspiration. Sie garantiert nämlich den Kurden des Nordiraks weitgehende Autonomie und anerkennt erstmals in der Region eine föderale Staatsform. Kurdisch wird zudem neben dem Arabischen zur zweiten offiziellen Sprache des Staates. Für die rund sechs Millionen Kurden in der Islamischen Republik symbolisiert die neue irakische Verfassung, die trotz dem Widerstand gewichtiger schiitischer Vertreter in Kraft gesetzt wurde, wohl einen Sieg über die Schiiten schlechthin.

Ruf nach Demokratie und Unabhängigkeit

An den Demonstrationen in der Stadt Mahabad haben laut Angaben der Demokratischen Partei Kurdistans in Iran (KDPI) mehr als 50 000 Personen teilgenommen. Die Menschenmenge habe sich auf dem zentralen Platz der Stadt versammelt, wo vor genau 58 Jahren der erste kurdische Staat aus-

gerufen worden war, der unter dem Namen „Republik von Mahabad“ in die Geschichte eingegangen ist. Diese überlebte unter dem Schutz der Sowjetunion ein Jahr lang, bis im Dezember 1946 die iranische Armee in die Stadt einmarschierte. Die Demonstrationen vom letzten Dienstag arteten offenbar rasch in Zusammenstöße aus. Laut den kurdischen Berichten begann die Menschenmenge „Demokratie für Iran“ und „Unabhängigkeit für Kurdistan“ zu rufen, worauf die Sicherheitskräfte intervenierten. Die Demonstranten bewarfen öffentliche Gebäude und Banken mit Steinen und steckten einige in Brand. In der Stadt Marivan sollen die Sicherheitskräfte auf die Demonstranten geschossen und eine unbekannte Zahl von Personen verletzt haben. Wie die iranische Zeitung „Jumhuri Islami“ berichtete, haben die Kurden Marivan kurz unter ihre Kontrolle gebracht und das Denkmal für einen lokalen „Basij“ umgestürzt, einen jener Freiwilligen, die während des Iran-Irak-Kriegs zu Tausenden auf die Schlachtfelder geworfen worden waren. Die Basij-Statuen gelten als Monumente der Islamischen Republik. In dem von Kurden bewohnten Westen Irans herrscht laut der Nachrichtenagentur Kurdishmedia seither die Ausgangssperre. Der Verkehr zwischen den größeren Städten sei weitgehend eingestellt worden. (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 11. 03. 04)

Eine Gedenktafel für die Opfer des Mykonosattentats

Eine Initiative, die hauptsächlich von den Berliner Grünen ausging, hat zu einer Aufstellung einer Gedenktafel für die Opfer des Mykonosattentats am 17. September 1992 geführt. Bei diesem Attentat wurden damals der Generalsekretär der KDP-Iran, Dr. Sadeq Sharafkandi und seiner Mitstreiter vom iranischen Geheimdienst ermordet.

Die Gedenktafel wird am Mittwoch, den 31.3.2004, um 17.00 Uhr vor dem Haus Prager Str. 2a, 10779 Berlin, feierlich enthüllt.

Der Text der Gedenktafel lautet: An diesem Ort im ehemaligen Restaurant Mykonos wurden am 17. September 1992 die führenden Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran DPKI Dr. Sadeq Sharafkandi, Fattah Abdoli, Homayoun Ardalan, und der in Berlin lebende Politiker Nouri Dehkordi ermordet durch die damaligen Machthaber im Iran. Sie starben im Kampf für Freiheit und Menschenrechte. (Quelle: IMK e.V.)

Hunderte iranischer Kurden noch immer als Vergessene im Niemandsland

Auf einem Einkilometer breiten unfruchtbaren Streifen zwischen dem Irak und Jordanien leben, nur von Plastikplanen der UNHCR bedeckt, seit 10 Monaten 1200 Personen, unter denen sich Iraner, Iraker, Palästinenser, Somalis und Sudanesen befinden. Ein Kurde aus dem Irak schildert, wie er 20 Jahre in einem Flüchtlingslager lebte, trotz der dauernden Kontrolle der Iraker dort, fühle er sich jetzt hier in Jordanien nach 10 Monaten wie in einem Gefängnis.

Nach dem Kriegsausbruch im Irak im März 2003 stimmte die jordanische Regierung der zeitlich auf drei Monate begrenzten Aufnahme von vor den Kämpfen und vor der Unsicherheit fliehenden Irakern zu. Nach Aussage des jordanischen UNHCR Vertreters in Jordanien, Sen Bronee, habe sich Jordanien seit Jahren extrem hilfsbereit bei der

Aufnahme von Flüchtlingen aus den umliegenden Ländern wie bei dem Golfkrieg 1991, den palästinensischen Flüchtlingen und Irakern, die zeitweilig wegen der großen Unsicherheit ihr Land verlassen mussten, gezeigt.

So gut wie nur irgendwie möglich versucht die jordanische Regierung jetzt auch der zuletzt gekommenen Gruppe von Flüchtlingen, Migranten und Asylsuchenden Hilfe zu leisten. Allerdings stoße Jordanien damit an seine Grenzen. In verschiedenen Camps versucht die örtliche Hilfsorganisation (Jordanian Hashemite Charity) gemeinsam mit der UNHCR und anderen Organisationen auch ihnen die notwendige Hilfe zu leisten. Neben Lebensmitteln, Wasser und Gas, haben sie warme Kleidung für die kalten Nächte erhalten. Medizinische Hilfe gibt es in der Stadt Ruweished oder auch in Amman selbst. Soweit es ihnen mit ihrem wenigen Geld möglich ist, werden für sie auch Einkaufsfahrten arrangiert.

Trotz des guten Willens der Helfer ist das Leben in diesem Teil Jordaniens extrem hart für die Flüchtlinge. Nach einem Besuch in den Camps zeigte sich der stellvertretende Hohe Kommissar der UNCR, Kamel Morjane, sichtlich bewegt von der Stimmung der Bewohner, die ihm bewegende Briefe übergeben hatten. Ohne Aussicht auf eine Zukunft in völliger Isolation lebend und sich vollkommen vom Rest der Welt abgeschnitten zu fühlen, ist es schwer, nicht depressiv zu werden.

Nur 60 km entfernt befindet sich das Camp Rusweished eine Ansammlung von Zelten inmitten der jordanischen Wüste, wo heftige Sandstürme und eiskalte Nächte das Leben für die mehr als 400 Flüchtlinge noch unerträglicher macht.

Im September 2003 sollte auf Beschluss Jordaniens dieses Lager geschlossen werden, die UNHCR appellierte daraufhin an die Regierung die Frist zu verlängern.

Allerdings bieten diese Lager auf Dauer keine Aufenthaltslösung für ihre Bewohner.

(Bericht: Al Kamara, Jordanien (Astrid Van Genderen Stort, UNHCR)

Flüchtlingsschiff vor türkischer Ägäis gekentert

Nach dem Untergang eines Flüchtlingsschiffes vor der türkischen Ägäis hat die Küstenwache bis zum Mittwochabend zwölf weitere Leichen geborgen. Die Zahl der Menschen, die bei dem Unglück vom Dienstag ums Leben kamen, stieg damit auf 15, wie

die Nachrichtenagentur Anatolia berichtete. Noch bis zu sechs weitere Flüchtlinge werden vermisst.

Die meisten Leichen wurden an die Küste nahe der Hafenstadt Ayvalik gespült. Die Stadt liegt gegenüber der griechischen Insel Lesbos, dem wahrscheinlichen Ziel des Schiffes. Kurz nach dem Kentern am Dienstag konnten sieben Personen gerettet werden. Nach Behördenangaben handelte es sich um Flüchtlinge aus Somalia. Am Mittwochabend stellte die Küstenwache die Suche nach weiteren Vermissten bis zum Morgen ein. „Wir werden bei Tagesanbruch weitermachen,“ sagte der Gouverneur von Ayvalik, Ayhan Boyaci. „Die Chance, noch Überlebende zu finden, ist sehr gering.“

In jedem Jahr versuchen Tausende Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika, durch die Türkei nach Griechenland und in andere westeuropäische Staaten zu gelangen. *(Quelle: Basler Zeitung, 26.02.2004)*

Der Flüchtling Ümit Abay ist tot

Ein Mitglied in Köln gab uns folgenden Bericht:

Ümit Abay ist 1981 in Istanbul geboren. Er war in der Türkei wegen Unterstützung einer linksradikalen Organisation zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden und im Herbst 2003 nach Deutschland geflohen. Nach seinem Asylantrag wurde er nach Jena umverteilt.

Am 10.2.2004 besuchte er das letzte Mal seinen Rechtsanwalt. Er schilderte ihm seine psychischen Probleme, die er insbesondere mit der Art der Unterbringung in Jena und der Entfernung von Freunden und Verwandten in Verbindung brachte. Sein Anwalt teilte ihm mit, dass er leider für eine Umverteilung nicht würde sorgen können. Sie stellten sodann fest, dass eine der von ihm vorgelegten Urkunden beim Bundesamt falsch übersetzt worden war, was das Asylverfahren verzögern könnte, insbesondere weil er sich auch nicht in der Lage sah, kurzfristig eine Urkunde über die abschließende Kassationshofentscheidung in seinem Verfahren zu besorgen. Am Abend des 18.2.04 hat sich Ümit Abay in Köln-Mülheim auf offener Straße mit Benzin übergossen und verbrannt. Während des Krankenhausaufenthaltes wurde offenbar die Frage der Kostentragung für teure Hauttransplantationen aufgeworfen. Am 27.02.2004 ist er den durch die Verbrennung erlittenen Verletzungen erlegen. *(Quelle: DTF vom 27.02.2004)*

Wie zuvor auch diesmal möchten wir an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere web-Seiten hinweisen, die interessante Beiträge enthält:

- **Wir glauben weiterhin daran, das die Wahlen vor der Machtübergabe durchgeführt werden können (19.02.04)**
- **Die Brückenbauerinnen von Chanakin (taz Nr. 7294 vom 26.2.2004)**
- **Die reisende Ärztetruppe des BGS (Quelle: taz Nr. 7304 vom 9.3.2004)**
- **C-Waffen Einsatz gegen Kurden im Irak (Salar Bassireh)**
- **Irakischer Übergangsrat einigt sich auf Verfassung (02.03.04)**
- **Iran nach den Wahlen: Positionen der neuen Parlamentsmehrheit (MEMRI Special, 5. März 2004)**
- **Verzögerte Annahme der Verfassung im Irak (NZZ, 1. März 2004)**
- **Presseerklärung zu feigen Attentaten in Erbil, 02.02.04**
- **Presseerklärung zu HAK-PAR (IMK e.V., 16.01.04)**

- *EKD setzt sich bei den OSZE für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei ein*
- *Assad kokettiert mit Massenvernichtungswaffen (Artikel erschienen am 7. Januar 2004)*
- *In der Türkei will Assad die Isolation Syriens durchbrechen (Text: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.2004, Nr. 4)*
- *Prüfstein für einen neuen Irak (Text: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2004, Nr. 6 / Seite 3)*
- *Burkay's Kommentar zum EU-Fortschrittsbericht*
- *Talabani: Irakisches Grundgesetz bis Februar 2004 fertig*
- *Deklaration von KDS: Für ein neues Syrien*
- *Ein Reformier im Haifischbecken (taz, 10.12.03)*

In Englisch:

- *IRAQ: Interview with Arbil Governor Akram Mantik (IRIN, 16 December 2003)*
- *Iraqi Kurdish claim for federalism - A Kurdish-Arab Partnership*
- *Iraqis plan a tribunal for Saddam (The New York Times, December 15, 2003)*
- *Syria Builds an Air Bridge of "Volunteers" to Iraq (Washington DC - January 5, 2004)*
- *Powell Back Kurds' 'Historical Identity' (6 January 2004 / by Barry Schweid, The Associated Press)*
- *Kurdish leaders must set their priorities right (KurdishMedia.com - 07 January 2004)*
- *"Egoyan awaits details about Turkish film ban": Country seemed open to dialogue (7 January 2004, The Toronto Star)*
- *"Syria, Turkey warn Iraqi Kurds against breaking away" (Source: 7 January 2004 / Chicago Sun-Times)*

Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

*Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Redaktion*

Neue Dokumentation Trauma und Therapie

Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Hrsg.: Internationales Zentrum für Menschenrechte der Kurden - IMK e. V., Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griese, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting

Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 - 933881 - 19 - 6

Preis: 21,- Euro (incl. Versandkosten)

Bestellungen über: Internationales Zentrum für Menschenrechte der Kurden - IMK e.V.

Postfach 20 07 38, D-53137 Bonn, Tel.: 0228 362 802, Fax: 0228 363 297

ISSN 1438- 08

Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802,

Fax: + 49 228 363 297, e-mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com

Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Spendenkonto: Volksbank Bonn (BLZ: 380 60 186), Konto-Nr.: 201 246 90 23

**"Mord im Namen der Ehre"
Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" –
eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen**

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungs-Gebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden. **Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 12,-- Euro (incl. Versandkosten)**

Der IMK e. V. möchte alle Interessierten und MitarbeiterInnen in der Flüchtlingsarbeit darauf hinweisen, dass wir eine neue Publikation herausgegeben haben. Thema dieser Publikation ist „Traumatisierte kurdische Flüchtlinge in Deutschland“ und trägt den Namen der gleichnamigen Fachtagung, die vom 15.-16. Juni 2001 im Maternushaus in Köln, stattfand:

„Odyssee ins Ungewisse“

Durch Herrn Dr. *Ilhan Kizilhan* wird ausführlich über die spezifischen Fluchtursachen der Kurdinnen und Kurden in Nordkurdistan berichtet. Er gibt einen historischen Überblick der Flüchtlingsentwicklung und geht auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in Nordkurdistan ein.

Herr Prof. *Ferhad Ibrahim* und Herr *Abubekir Saydam* behandeln das Thema: „Fluchtursachen aus dem Irak und Südkurdistan – Gibt es eine innere Fluchtalternative?“. Sie schildern die aktuelle Situation im Irak und in Südkurdistan und berichten von Stationen der Traumatisierung.

„Fluchtwege“ ist das Thema von Herrn *Jürgen Hoppe*, Journalist. Hier werden die Methoden und Vorgehensweisen von Schleppern oder Schleusern erläutert, die für hohe Geldsummen, Flüchtlinge unter oft unmenschlichen Bedingungen nach Deutschland schleusen.

Frau Dipl. Psychologin *Hamidiye Unal* spricht über traumatisierte Flüchtlinge in Gesellschaft und in Therapie. Sie geht auf Foltermethoden und auch auf die psychosoziale und rechtliche Situation der Flüchtlinge in Deutschland ein. Besonders behandelt wird das Thema „Trauma“, von den Folgen über Symptome bis hin zu Beratung und Therapie.

Das Thema „Möglichkeiten der Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen im Herkunftsland Türkei“ wird exemplarisch anhand einer Prozessbeobachtung in Izmir von Dr. med. *Nesmil Ghassemilou* behandelt. Anschliessend werden die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Behandlung und die Behandlungsmöglichkeiten erörtert.

Die **64-seitige Publikation (Format DIN A4)** kann in gebundener Form bei uns gegen die Entrichtung eines Betrages von **8,00 Euro (inkl. Versandkosten)** bestellt werden.

Neue Studie: AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbestrebungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)